



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

348 (29.7.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-215463](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-215463)

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 10 Pfennig. Die monatlichen Bezüge vorpflichtig sind bei den Anzeigen der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig werdende Preisänderungen anzuerkennen. Die Reichweite Nummer 72000. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim T. 1. — Geschäfts-Abteilung Redaktion, Wollweberstr. 4. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044. Telegr.-Adressen Mannheimer. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitiger Kolonnenzeile für allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark. — Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Veranlassung übernommen. Höhere Preise, Strafen, Gebührensätze sind berechnigt zu sein. Erklärungen für Anzeigen sind berechnigt zu sein. Die Verträge sind für die Zeit der Anzeigen. Austr. d. Fernspr. ohne Gewähr. Druckerei Mannheimer.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung. Welle u. Schall. Aus Feld und Garten. Wandern u. Reisen

Zwischenstadium in London

Übersicht über die Lage

Der gestrige Tag war für die Konferenz nicht so entscheidend, wie man in verschiedenen Kreisen erwartet hatte. Schon am Morgen hatte, wie berichtet, Herriot Macdonald einen Brief geschrieben, worin er ihn ersuchte, vor der Konferenz keine Frage aufzuwerfen, worüber er nicht unterhandelt habe, nämlich über die militärische Räumung der Ruhr und über die Berufung der Deutschen. In der Vollkonferenz ist deshalb in Uebereinstimmung mit dem französischen Wunsch beschaffen worden, daß die deutsche Regierung erst eingeladen werden soll, wenn unter den Alliierten eine Einigung erzielt sein werde. Die Konferenz hat sich nur mit dem Bericht der Kommission für die Zurückgabe der Pfänder beschäftigt. Der Bericht für die industrielle Räumung der Ruhr ist einstimmig angenommen worden. Die Konferenz hat festgestellt, daß die Kommission für den Zahlungsmodus ihre Arbeiten noch nicht beendet hat und daß das Problem der Sachleistungen noch nicht gelöst sei. Eine ähnliche Feststellung ist für die Arbeiten der Sanktionskommission gemacht worden. Am Montag sind die Bankiers wieder etwas in den Hintergrund getreten. Die französische Delegation hat zwei französische Bankiers nach London berufen. Diese haben bis jetzt allerdings keine besondere Rolle gespielt. Die englischen Finanzleute glauben das Erscheinen der französischen Bankleute dahin auslegen zu können, daß Frankreich entschlossen sei, sich an der 800 Millionen Goldmarkenleihe ebenfalls zu beteiligen. Es ist aber noch wenig gewiß, daß dies der Fall sein wird.

Die Frage der militärischen Räumung

des Ruhrgebietes, die bekanntlich durch Macdonald in die Debatte gebracht wurde, bildet jetzt den Angelpunkt der Verhandlungen. Frankreich will bei einer Räumung der Ruhr Kompensationsleistungen in der Sicherheitsfrage erhalten. Macdonald scheint sich jedoch vorerst dagegen, die Sicherheitsfrage und weiterhin auch die Frage der internationalen Schulden auf der Konferenz ausgiebig zu erörtern. Man scheint jedoch auf englischer Seite bereit zu sein, einen Kompromiß über die Zurücklösung französischer Eisenbahnen im Rheinland zu schließen, wenn sich Frankreich auf die Festsetzung eines bestimmten Datums für die militärische Räumung der Ruhr verpflichtet. Dieses bisher ergebnislos gebliebene Festhalten führte dazu, daß die Vollkonferenz gestern noch nicht die Einladung Deutschlands beschloß. In der Frage der Festsetzung der Besatzungen und Sanktionen ist von der französischen Delegation ein neuer Vermittlungsversuch vorbereitet worden, der heute der Konferenz vorgelegt werden soll.

Die Beratungen der Bankiers

Heute nachmittag wird eine wichtige Sitzung der amerikanischen und britischen alliierten Bankiers stattfinden, wahrscheinlich unter dem Vorsitz Lamons von der Firma Morgan u. Co., um die notwendigen Bedingungen einer Anleihe zu erörtern. Wie berichtet, haben die Bankiers in drei Arten finanzielle Garantien vorgeschlagen:

1. Allgemeine Garantie aller teilnehmenden Mächte.
2. Individuelle Garantie jeder Macht, die eine separate Aktion unternimmt.
3. Garantie der Bankiers der unter Punkt zwei erwähnten Mächte.

Deutschland und der Garantiepakt

Die deutsche Regierung ließ gestern dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreichen, in der der deutsche Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt, d. h. eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung dargelegt wird. Verfasser der Denkschrift sind namhafte deutsche juristische Persönlichkeiten.

Die deutsche Regierung war jederzeit, wie alle anderen Regierungen, zur Stellungnahme zum Garantiepaktentwurf aufgefordert worden.

Das Ende des deutsch-russischen Zwischenfalls

[7] Berlin, 29. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Nach konzertierten Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und dem deutschen Botschafter in Moskau ist es, wie wir hören, gelungen, den deutsch-russischen Konflikt wegen der Hausjuden in der russischen Handelsdelegation in Berlin auf ausländischem Wege beizulegen. Das Protokoll dieser Vereinbarungen ist bereits heute mittags im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden und wird morgen bekanntgegeben werden.

Die neue Türkei

Konstantinopel meldet aus Ankara, daß das türkische Innenministerium die Absicht habe, zwölf ausländische Spezialisten zu engagieren, darunter einen Italiener für die städtischen Betriebe von Ankara, drei Österreicher für den Sicherheitsdienst, fünf Deutsche für Post und Telegraph, zwei Belgier als Stabschefs und einen Engländer als Mitglied der Aufsichtsbehörde für den öffentlichen Unterricht. Für das Gymnasium Galata Serail sollen vom Kommissar für den öffentlichen Unterricht neunzehn Professoren engagiert werden.

Weitere Kommunistenprozesse vor dem Staatsgerichtshof

Am 6. August beginnen weitere Kommunistenprozesse vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten beim Reichsgericht Riedner. Als Angeklagte erscheinen wegen Hochverrats: am 6. August Kommunist Ditt, am 7. und 8. August Kommunist Fiedler und Genossen, im ganzen 11 Angeklagte, von denen vier Reichswehrministeroffiziere bezw. Soldaten waren. Zu diesen können als zwölfter Angeklagter der Oberregiertr. Gräfe der bereits am 18. Dez. 1923 im Gefängnis Selbstmord begangen hat. Die Reichswehrsoldaten hatten Gewehre, Munition und Handgranaten entnommen und sie der kommunistischen Partei Deutschlands gegen Entgelt überlassen.

Rubels, 20. Juli. Der Export von Valarisi-Jaspe entpfeilt, weil von der russischen Regierung in einer Länge von 20 Metern die Schienen aufgerissen waren. Außer dem Lokomotivführer, der schwer verletzt wurde, ist niemand verletzt.

Verständigung — auf Minuten!

Nach dem „Echo“ ist es gestern während der Vollkonferenz in London zu einem Zwischenfall gekommen. Der rumänische Gesandte Titulescu habe Macdonald gefragt, ob die Keinen Staaten gebührt werden, wenn die Deutschen berufen würden. Macdonald habe geantwortet, man habe sie so gefragt. „Unser grundsätzlicher Beschluß ist gefaßt, um ihn im gegebenen Augenblick auszuführen. Haben die großen Nationen nun nötig, zwei Minuten ihre Ansichten auszutauschen?“ Darauf habe Titulescu gesagt: Ich bin glücklich, daß die großen Nationen sich über irgend eine Frage verständigen können. Macdonald habe darauf erwidert: Wenn wir nicht innerhalb zwei Minuten in Uebereinstimmung sind.

Herriot über Frankreichs Friedenswillen

Ministerpräsident Herriot hat auf einem Bankett der französischen Handelskammer in London eine Ansprache gehalten, in der er nach Haas u. a. sagte: „Wir sind hier, um nach einem Krieg den Frankreich nicht gewollt hat, den Frieden wieder herzustellen. Frankreich wünscht, daß unter den Menschen ein Frieden zustande komme, der der ganzen Welt zugute kommt. Die französische Regierung, die den Friedenswillen in den Vordergrund stellt, hat das Recht, daran zu erinnern, daß ein Friede, der Frankreich nicht Recht erwährt, ein ungerechter Friede ist. Man kann die Regelung, die wir erhoffen, nicht auf eine Ungerechtigkeitsaufbau.“

Die Laßt Macdonalds

Die „Times“ berichtet, die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes werde kaum in der Plenarsitzung berührt werden, weil sie sich außerhalb des Damesberichtes befindet. Sie sei inoffiziell von Großbritanniens aufgeworfen worden, nur weil bekannt gewesen sei, daß Deutschland die Absicht habe, auf jeden Fall zu verhandeln. Sie zu einer Bedingung für die Unterzeichnung des Protokolls zu machen, in dem es den Damesbericht annehme. Man sei der Ansicht gewesen, daß es am besten sei, vorher zwischen den Alliierten zu erörtern, welche Art von Antwort auf eine derartige Bedingung erfolgen solle. Wie berichtet, habe Macdonald angedeutet, daß die französisch-befehligen Truppen innerhalb sechs Monaten nach einer erfolgreichen Beweiskraftung des Damespaktens zurückgezogen werden sollten. Ausweis habe Macdonald darauf bestanden, daß die Konferenz nur für die Annahme des Damespaktens einberufen worden sei und vollkommen anerkannt werde, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes außerhalb dieser Grenze liege. Dies sei die Frage, die allein von Frankreich und Belgien erörtert werden müßte, nicht in Verbindung mit Deutschland. Macdonald sei weiterhin nicht bereit, die Fragen der französischen Sicherheit und der alliierten Schulden dem Konferenzprogramm einzufließen, da gerade auf diesem Gebiete Frankreich verhandeln würde, eine Kompensation für das Versprechen, daß es sich zurückziehen werde, zu erreichen. So klotze es weiter, die Frage weiter zu verfochten.

Sozialdemokratie und Sparpolitik

Die Deutsche Volkspartei hatte in Heftigen Landtage eine Reihe praktischer Sparmaßnahmen beantragt. Im Rahmen dieser Anträge lag auch der Abbau des Hess. Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft, dessen Aufgabenkreis anderen Verwaltungsbehörden zugewiesen werden sollte. Diese Sparpolitik der D. V. P. erregte innerhalb der Sozialdemokratie eine hochgradige Erregung. In den oft hitzigen Debatten des Landtags hatten sich die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion immer wieder um das bedrohte und von einem ihrer Genossen besetzte Ministerium. Nicht zuletzt trat auch der Staatspräsident in eigener Person in diesem Kämpferkampf auf und versuchte in längeren Ausführungen die Innenbehörden gerade dieses Ministeriums darzutun. Der Antrag der D. V. P. wurde als unzulässiger Antrag abgelehnt.

In Baden wird noch aber nun auf Antrag der Regierung selbst, in der sich Sozialdemokraten befinden, mit deren Zustimmung, das ebenfalls mit einem Sozialdemokraten besetzte Arbeitsministerium aufgehoben. Man kann daher augenblicklich gespannt sein, was die heftigen Sozialdemokraten zu diesem Vorhaben ihrer baltischen Genossen sagen werden. Eine tiefere Widerlegung all der im Heftigen Landtage für das Fortbestehen des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft dargelegten Argumente läßt sich nicht denken, als wie es durch das Vorgehen der Reichsruher Regierung geschehen ist.

Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien

[7] Berlin, 29. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der „B. A.“ wird aus Krakau gemeldet: Die Lage in Polnisch-Oberschlesien ist sehr kritisch geworden. Die Vorstände schlesischer Gewerkschaften, sowohl der sozialdemokratischen als auch der polnisch-nationalistischen und christlichen, haben in einer gestern abend stattgefundenen gemeinsamen Sitzung die Absicht, für Mittwoch früh den Generalstreik in schlesischen Hütten- und Eisenwerken zu proklamieren als Protest gegen die Einführung des 10 Stundenarbeits und die bevorstehende Herabsetzung der Löhne. Die Regierung bemüht sich, den Ausbruch des Generalstreiks zu verhindern.

Untergang eines Passagierdampfers

Tokio, 29. Juli. Einer Meldung aus Otsu zufolge, ist der der nordjapanischen Gesellschaft gehörende Dampfer „Lala Maru“ in der Höhe des Kap Rotoro untergegangen. Man nimmt an, daß 138 Passagiere und 54 Mann der Besatzung den Tod in den Wellen gefunden haben. 18 Passagiere und 5 Mann der Besatzung landeten auf Rettungsbooten in dem Dorf Rotoro. Ob der Dampfer auf einen Felsen gelaufen ist oder ob er mit einem anderen Schiff zusammengestoßen ist, ist noch ungewiß.

Paris, 29. Juli. Haas meldet aus Rio de Janeiro, die Regierungstruppen hätten Sao Paulo wieder eingenommen.

Der schwere Gang

Deutschland wird also jetzt nach dem Willen aller an der Londoner Konferenz teilnehmen. Sogar die offizielle französische Haas-Regierung erkennt an, daß von einem Ultimatum an Deutschland diesmal keine Rede sein könne, sondern daß man die Deutschen zu freien Verhandlungen zulassen müsse. Das juristische Gutachten, das der gestrigen Vollkonferenz erstattet worden ist, belegt die Notwendigkeit, mit den deutschen Vertretern zu verhandeln und einen freien Vertrag abzuschließen, mit verschiedenen gemäßigten Gründen. Es stellt fest, daß Deutschland auch berechtigt sei, über die Lösung der Sanktionsfrage unterrichtet zu werden, da davon die Anleiheverhandlungen in hohem Grade abhängig seien. In diesem Punkte hat sich also die amerikanische Auffassung restlos durchgesetzt und die deutsche Delegation kann sicher sein, als die Vertreterin einer gleichberechtigten Macht in London behandelt zu werden. Trotzdem tritt sie einen schweren Gang an. Sie ist die Trägerin von Forderungen, denen in London von den Amerikanern und zum Teil auch von Macdonald die Bahn zwar geebnet worden ist, die aber erst noch in ersten Kämpfen durchgeleitet werden müssen.

Der zweite deutsch-nationale Redner in der politischen Aussprache des Reichstages, Professor Dr. Hoersch, hat am vorigen Samstag im Reichstag drei Bedingungen aufgestellt, und von ihrer Erfüllung die deutsch-nationale Zustimmung abhängig gemacht. Es kann ohne jede Einschränkung gesagt werden, daß die deutsche Abordnung sich vollkommen als Vertreterin dieser Forderungen sieht. Hoersch hat die Ehrenfrage in den Vordergrund gestellt und volle Amnestie im besetzten Gebiete verlangt. Diese Frage ist so grundsätzlich bereits zu unseren Gunsten gelöst. Und wir hegen nicht den geringsten Zweifel, daß die Durchführung des Gutachtens auch dem letzten Deutschen die Tür der französischen und belgischen Belanuisse öffnen muß. Darüber hinaus verlangt die Regierung auch Sicherungen für die Zukunft. Sie hält es für ganz unmöglich, daß das Verbrechen der Währungsverfall, das bis in die letzten Tage hinein im besetzten Gebiete gehandhabt worden ist, auch nach der Unterzeichnung des Gutachtens noch gebührend werden kann. Wir müssen unbedingte Sicherheit haben, daß man der Bevölkerung des Rheinlandes unverzüglich alle Rechte zugute kommen läßt, die das Rheinland-Abkommen verbürgt. Es wird in London Gelegenheit sein, über diese Fragen von den französischen Vertretern Beweiskraft zu verlangen, wenn sie auch nicht unmittelbar zur Tagesordnung der Konferenz gehören mögen.

Hier besteht also vollkommene Uebereinstimmung mit der deutsch-nationalen Opposition. Dasselbe gilt von den Kernfragen der Konferenz, die jetzt alle aufgerollt worden sind, von der Sanktionsfrage und von der wirtschaftlichen und militärischen Räumung des Ruhrgebietes und der vertragswidrig besetzten Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort. In diesen beiden Fragenkomplexen war bis gestern noch keine volle Einigung erzielt, die Frage der militärischen Räumung war eben erst von Macdonald aufgerollt. Die deutschen Vertreter werden also gerade hier, ehe die letzten Entscheidungen fallen, noch ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. In der Sanktionsfrage wird kaum eine ganz realistische und klare Lösung zu erzielen sein. Aber es wird nicht ohne eine Lösung gehen, die neue Akte der französischen Sanktionspolitik praktisch ausschließt. Ohne eine solche Lösung wird niemals an eine Bereitwilligkeit der amerikanischen und englischen Finanzleute zu denken sein. Der amerikanische Druck auf Frankreich ist in diesem Punkte außerordentlich stark. Amerikanische Banken haben die Stützungsaktion zugunsten des französischen Franken finanziert. Und Amerika ist ein Milliarden-gläubiger des französischen Staates. Wenn unter diesen Umständen in Washington unter Berufung auf Coolidge gesagt wird, Frankreich werde sich bei längerer Unnachgiebigkeit sämtliche amerikanischen Sympathien verlieren, so ist das eine sehr deutliche Sprache, die sicher in Paris und in London nicht ohne Eindruck bleiben wird. Die Amerikaner kämpfen sicher in erster Linie für ihre eigene Sache, wenn sie sich für die uneingeschränkte und sinnvolle Durchführung des Gutachtens einsetzen. Aber sie kämpfen mit uns in einer Linie, und unsere Vertreter können mit der Ueberzeugung nach London fahren, daß Frankreich sich in der Sanktionsfrage in London nicht gegen die Einheitsfront der anderen durchsetzen wird.

Die militärische Räumungsfrage ist nun durch Macdonald aufgeworfen worden. Nach allem, was wir wissen, wird Herriot in dieser Frage, soweit die Ruhr in Betracht kommt, keine ernsthaften Schwierigkeiten machen. Er hat noch Londoner Berichten von Konzessionen gesprochen, von denen er die Räumung abhängig machen müsse und in dieser Verbindung den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich genannt. Ein solcher Handelsvertrag entspricht durchaus deutschen Wünschen und ist von uns aus angeregt worden. Irigendwelche sonstigen „Konzessionen“ wird Deutschland nicht machen und es wird außerdem die Räumung von Düsseldorf und Duisburg fordern, ohne Rücksicht darauf, daß Frankreich zweifellos in diesem Punkte ernste Schwierigkeiten machen wird.

Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz

London, 29. Juli. Im englischen Oberhaus wurde gestern nachmittag der Protest von 1500 englischen Manufakturwerken eingebracht, der sich gegen die Unterbringung einer Anleihe für Deutschland in England richtet. In diesem Protest wird ausgeführt, daß die deutschen Fabriken sich in glänzendem Zustande befinden, daß die deutschen Arbeiter mehr arbeiten als die englischen, daß die allgemeine wirtschaftliche und kommerzielle Lage Deutschlands bedeutend besser sei als die Englands. Es wird dann noch mit Hilfe etlicher unwahrscheinlicher Zahlen zu beweisen versucht, daß auch die Steuerlasten in England größer seien als in Deutschland. Der Protest zielt darin, daß gelagt wird, der Damespakt werde nicht den Frieden, wenigstens nicht den wirtschaftlichen Frieden bringen. In Bezug auf Frankreich heißt es in dem Protest, daß man, falls der Damespakt und die damit verbundene Anleihe durchgeführt werde, von den Franzosen die Rückzahlung ihrer Schulden an England fordern müsse. Der Protest wird im Verlauf der nächsten Woche in Unterhaus zur Beratung kommen.

Pfalzfragen im Unterhaus

Moreski fragte im Unterhaus, ob der Premierminister mitteilen könne, ob den Einwohnern der Pfalz, die von den französischen Behörden ausgewiesen wurden und deren Rückkehr gestattet wurde, tatsächlich zu ihren Heimstätten zurückgelassen worden seien. Macdonald erwiderte, nach den in seinem Besitz befindlichen Informationen habe die Rückkehr der aus der Pfalz Deportierten nach der Heimat bereits begonnen.

Aus dem Aufwertungsausschuß

Die Aufwertungsfrage

In der Fortsetzung der gestern Vernehmung der Sachverständigen im Aufwertungsausschuß des Reichsausschusses erklärte Abg. Herat (D.R.): Die Deutschnationalen würden sich einer Verlagerung der Haussteuer widersetzen. Am 1. April 1925 müßte mit dem Verschwinden dieser Steuer gerechnet werden. Abg. Herat fragte, ob dies nicht die Sachverständigen zu einer Veränderung ihres Urteils bringen würde. Die dritte Steuerreform würde doch auch keine vollständig stabile Verhältnisse, es sei denn, daß man ihre Kombination mit einer Zweibrückenssteuer abhänzlich machen würde.

Der Sachverständigen für Lebensversicherungen, Gehlert, erklärte, wie die vorher gehörten Gutachter, eine Neuverteilung der Aufwertung über die dritte Steuerreform hinaus für bedenklich, weil das neue Unfallschutz und Beurlaubung schaffen würde.

Für den Rentnerverband für Haus- und Grundbesitzer erklärte Stadtrat Humar-Windchen: Die dritte Steuerreform würde ferner die Grundbesitzer für eine Verlagerung des Publikums und der Wirtschaft bilden. Sie nehme auch keine Rücksicht auf den Anwartschaftsbesitzer, Wandbesitzer, auf die Hausbesitzer, die Arbeitslosen und die Anhandlung der Häuser. Die Haussteuer sei auf die Dauer nicht haltbar. In der Frage der Aufwertung als 15 Prozent unter bestimmten Voraussetzungen traue er sich. Eine Rißuna wäre in der Weise möglich, daß die Hypothekendarlehen in einzelnen Monaten annehmen, während Hypotheken zu haben und wieder Wandbesitzer in Umlauf sind. Daraus läßt sich dann sofort erkennen, in welchem Prozentsatz die Goldpfandbriefe die Papierpfandbriefe abdecken.

Als Vertreter des Bundes deutscher Mietervereine erklärte Rechtsanwalt Groß-Dresden: Die Mieter wollten kein Brücken haben, aber sie wollten sich gegen eine Erhöhung der Hausrenten, die von den Mietern nur getragen werden könnte, wenn auch die Einkommen entsprechend steigen würden. Das sei aber nicht möglich, wenn man nicht die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören wolle.

Als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte Generalsekretär Haeffel: Die moralisch bedingte Aufwertung sei aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen, denn sie würde eine neue Inflation heraufbeschwören. Diese Kosten müßten letzten Endes die wirtschaftlich schwachen Arbeitnehmer tragen.

Sandrat Dr. Heine-Wilhelmsen vom Anpothekensachverständigen- und Sporkaufverband trat in erster Linie für eine Aufwertung der Sparkassenanleihen der Reichsbank ein.

Oberlandesgerichtspräsident Best gab dann noch einige Erläuterungen zu dem von ihm verlesenen Gesetzentwurf, der von den Gläubigerschutzverbänden vertreten wird. Dieser Entwurf wolle den Unrentenbesitz nicht einseitlich fesseln, sondern nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Schuldners bemessen, entsprechend den Grundrissen von Frau und Glauben, wie sie in der Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt werden müßten.

Dann wurde die Vernehmung der Sachverständigen beendet. Der Vorsitzende, Abg. Steiniger (D.R.) dankte mit Dankensworten die Sachverständigen und erlaubte sich um schriftliche Entschlüsse ihrer Gutachten.

In weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Staatssekretär Jost, vor dem Abschluß der Londoner Verhandlungen werde eine wohnende Rentenversicherung in dem Austauschverhandlungen nicht möglich sein, da es sich um die Renten mit der Unrenten einverstanden, daß die Vorläufer der einzelnen Fraktionen den verschiedenen Helfern zur schriftlichen Stellungnahme einreicht werden.

Die bayerischen Eisenbahn-Sonderwünsche

Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich über die Eisenbahnfrage können, wie wir erfahren, nun doch schon morgen beginnen. Vom Reich werden an den Verhandlungen Reichsverkehrsminister Doser und der Reichsfinanzminister Dr. Luther teilnehmen. Die Verhandlungen finden im Ministerium des Reiches in München am Vorabend des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heidegger. Für die bayerische Regierung nehmen Handelsminister Dr. v. Weizsäcker und Finanzminister Dr. Krausnick daran teil.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt zu den bevorstehenden Unterhandlungen u. a.: Gewiß müss auch Bayern seine Bahnen der Verkehrsleistung nicht entziehen, die zwischen der Reichsregierung und der Entente vereinbart werden. Bayern werde sich auch damit abfinden haben, seine Bahnen in ein Sondervermögen oder in eine Betriebsgesellschaft umzuformen und sich mit der Reichsbahn nach dem in der Privatwirtschaft vielfach bestehenden Vorbilde enger zusammenzuschließen, wenn und soweit das zur Aufrechterhaltung der notwendigen Einheit (1) und vor allem zur gemeinsamen Verkehrsleistung notwendig sein sollte. Man habe aber bisher noch keinen, als es man auf Bayern und seine Ansprüche keine Rücksicht zu nehmen hätte. Die bayerische Wirtschaft leide schwer unter der unheilvollen zentralistischen Behandlung des Tarifwesens. Bayern stehe nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in der Tat vor einer Schicksalsstunde.

Das Glück der Ingrid Wendland

Roman von Erich Friesen

„Werden Sie jetzt bei uns in Zürich bleiben?“ fragte sie voll steigender Interesse. „Oder wollen Sie auch fernhin Ihre früheren Romanebenen doch zur Ruhe kommen, sein Lebensstil irgendwo fernher, ein Heim gründen.“ Er sah sie an. „Sagen Sie mir, ob Sie wirklich pflanzlich schwache Nerven in die Stirn des Mannes? Hatte Sie da einen wunder Punkt berührt? Mit dem Takt der zariführenden Frau wechselte sie rasch das Gesprächsthema.“ „Ah! Unser Kavalier hat keine gymnastischen Vorgeübungen beendet. Ruhe nach dem Sturm!“ bemerkte sie mit lächelndem Spott. „Nun aber kommen Sie! Jetzt sollen Sie etwas hören, das auch Sie befriedigen wird!“ Er erwiderte nichts und guckte nur höflich mit den Lippen. „Sind Sie nicht ein bißchen neugierig, Sie Brummbeißer?“ neckte sie, mit einem leichten Fächerschlag auf seinen Arm. „Ach glaube, Neugierde ist meine geringste Leidenschaft, Frau Hangartner. Aber bitte!“ Und er schlug die Portiere zurück und folgte der schönen Frau in den Festsaal. Hier das gemohnte Bild kultivierter, gedämpfter Lebensfreude. Heberall tastbare Gemüts- und Gedeihens. Und hohe venezianische Spiegel, die das bunte Gewirr ringsum reflektierten. Er den rauschenden Wänden weiße Ruhebetten und niedrige Stühle, auf denen sich ein Teil der Gäste niedergelassen hatte. Ein anderer Teil stand in Gruppen umher, in angeregter Unterhaltung begriffen. Dies alles umfachte der Eintracht mit einem einzigen schicklichen Bild. Er konnte dies typische Gesellschaftsbild bis zum Ueberdruß. Immer dasselbe — in allen fünf Erdteilen. Nur daß die Kleidermoden wechselten und die umherstehenden Sprachlaute. Juliane Hangartner wollte gerade an Dr. Holzgers Arm mahngemut auf eine kleine Gruppe von Herren und Damen zutreten, in deren Mitte ihr Vater, der Konful Oberhard Wendland, ein grauköpfiger, etwas gebückter Herr, in der Mitte der Gruppe stand. Da fühlte sie einen leichten Ruck in dem Arm ihres Begleiters. Sie blieb stehen und schaute Hilmar freudig an. Und gewahrte eine auffallende Veränderung in seinem Gesichtsausdruck.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 29. Juli. (Fig. Ber.)

Der Landtag setzte heute die Beratung über den Voranschlag des Innenministeriums bei der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung fort.

Nach Bekanntgabe neuer Eingänge erhielt das Wort der Abg. Engelhard (Zentz.). Er schilderte die Not der Landwirtschaft und des Weinbaues. Die Weineinfuhr aus dem Ausland würde eine schwere Katastrophe bedeuten.

Abg. Herff (Landbund) betont, daß die Sparmaßnahmen nicht an die Bauern zu verlagern seien. Die berechtigten Wünsche der Bauern hätten anfangen sollen. Den berechtigten Wünschen der Bauern sei nicht genügend Rechnung getragen worden. Der Redner begründet dann einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, die badischen Vertreter im Reichstag anzuschreiben, für den Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzutreten und empfiehlt Annahme durch alle Parteien. Er polemisiert gegen die Verleumdung der Zentrumspresse und behauptet unter allgemeiner Heiterkeit, daß die Landbundpresse die Wahrheit spreche. Für sich für einen Ausgleich der Stände.

Abg. Wittmann (Zentz.) meint, die wahren Bedürfnisse, deren Aufwand und Ausgaben in gar keinem Verhältnis zu unserer Not stünde, könnten eingeschränkt werden. Der Abbau der Staatsämter sei durch die Not bedingt gewesen. Der Staatsbestand für den badischen Vertriebsverband sei als produktive Ausgabe im Interesse der Erschließung der badischen Heimat angemessen zu erhöhen. Seine Partei werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Nachdem der Redner dann noch erklärt hatte, daß er für alles, was zum Nutzen und Wohl der Landwirtschaft bisher im Hause gelangt worden sei, soweit es vertretbar sei, einträte und aufs wärmste unterstütze, führt er die Verhandlungspolitik des Landbundes ab. Die Ausführungen des Redners riefen sich besonders gegen die Tonart der „Schwarzwälder Zeitung“ und die Angriffe auf die Christlichkeit. Die Abschaffung ist recht gründlich. Der Landbund quillert mit Schweiß.

Abg. Meier (Soz.)-Heidelberg fragt an, ob es nicht möglich sei, daß die Landwirtschaft bald wieder auf den Friedensstand gebracht werden könne. Mir begründen die Bestreitungen zum Ausbau der Selbstverwaltung. Der Personalisierungssinn sei eine Verleumdung von badischen Vermögen. Wir verlangen für solche weittragenden Beschlüsse qualifizierte Mehrheiten. Der Unfall des badischen Landbundes sei nicht gewesen durch Rücksichtnahme auf besondere Interessengruppen. Zu den Kommunisten gewandt, sagte der Redner, die Sozialdemokratie werde nicht mehr zulassen, daß mit der Landwirtschaft Schindluder getrieben werde, wie es jetzt in der Kampfmode geplant sei. Der Staat muß sich gegen alle Bestreitungen gleichmäßig schützen.

Zur Zollpolitik führte der Redner aus, die Sozialdemokratie sei bereit, die Landwirtschaft zu schützen, durch Bewilligung von Krediten. Sie müßte es aber unter allen Umständen ablehnen, sie der Zollpolitik auszuliefern.

Innenminister Kemme äußerte sich eingehend in einem Schlußwort zu den in der Generaldebatte gemachten Ausführungen. Für die Regierung sei bei allen geschäftlichen Maßnahmen die Erhaltung der Arbeitsplätze das Leitmotiv ihres Handelns gewesen. Zum Besoldungsperrgesetz habe er zu bemerken, daß seine Durchführung den Gemeinden gegenüber nahezu an die Unmöglichkeit grenze.

Die Frage der Bezirksverwaltungsreform ruhe a. St. obliege. In den nächsten Jahren würden so schwerwiegende und an die Reinverpflichtung des ganzen Volkes so große Anforderungen gestellt und politische Probleme zu erörtern sein, daß andere Fragen zurücktreten müßten. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen über das, was die außenpolitische Lage bringen würde, wird schwere politische Entscheidungen herbeiführen. Zu der Frage der Aufnahme von Darlehen von England verwies der Minister auf das Rundschreiben vom 28. Mai, in dem bekanntlich zu größerer Zurückhaltung aufgefordert wurde. Bis jetzt sei noch in keinem einzigen Fall ein Darlehen zur Zustimmung gelangt. Mit größtem Bedauern muß zurückgemeldet werden, daß die Gemeinde Oberbach, die ein Darlehen von einer Million erhalten sollte, als Geldverweigerer zurückgeblieben sei. Die Gemeinde sollte sich für die Gelddarlehne nicht haltbar erklären, weil dies über ihre Kraft hinausgehe.

Die Bezirksämter seien abgebaut worden, weil die Regierung diesen Abbau als eine der wichtigsten Staatsnotwendigkeiten erkannt habe. Der Abbau sei indes noch nicht beendet. Es alle den Landtag, wenn er für die Kulturvorgaben alles getan habe, was nötig sei, aber zur Erhaltung des Volkes muß alles getan werden, was notwendig ist. Die Not werde hier zu den äußersten Beschränkungen führen müssen. Es sei unrichtig, daß die Firma Benz einen Staatsstreik erhalten habe. Der Staat sei heute nicht in der Lage, seine Finanzen über seine Kraft anzupumpen.

Der Schul- und Arbeitsminister durch die Polizei werde nur dann gemindert werden, wenn sie durch Streikende bedroht würden. Die Polizei habe dann eine außerordentlich schwierige Lage. Man müßte ihr deshalb nicht ohne weiteres den Vorwurf der Parteilichkeit machen. Liebergrüße seien festgesetzt worden, das müßte von der Regierung bedauert werden.

Schließlich heißt der Minister noch mit, daß Schleißperrevereine mit kleinfälligen Gewehren gebildet werden könnten.

Darauf wird die Sitzung auf halb 4 Uhr vertagt.

Letzte Meldungen

Das Grubenunglück auf „Friedrich Thyssen“

* Hamborn, 29. Juli. Zu dem von uns bereits gemeldeten Grubenunglück auf Grube „Friedrich Thyssen“, dem 6 Bergleuten zum Opfer fielen, werden noch folgende Einzelheiten berichtet:

In einem sogenannten blinden Schacht, in dem die Reduktion von Kohlen betrieben wird, kürzten gestern nachmittags 2 Uhr auf der Straße von der 8. zur 6. Sohle zwei Förderer etwa 80 Meter tief in den Schacht. Einer der Förderer war mit 6 Bergleuten besetzt, die bei dem furchtbaren Sturz sämtlich den Tod fanden. Da man bei dem Bergungsarbeiten mit außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatte, gelang es erst gegen Mitternacht die Bergungsläden herauszuholen. Wahrscheinlich haben die 6 Bergleute bereits während des Sturzes infolge des ungeheuren Aufdrucks ihren Tod gefunden. Bestimmte Angaben über die Ursache des Selbstbruchs lassen sich noch nicht machen. Wie die Bergwerksverwaltung bekanntgibt, hat noch am letzten Samstag eine Überprüfung durch die Bergbehörde stattgefunden, bei der sich eine 18-fache Sicherheit des Seiles ergab. Der Schacht war mit seiner Einrichtung von 14 Mann festgesetzt überlastet und übersteigt bei der Unglücksfahrt doch nur 6 Personen. Der andere Schacht enthält leere Kohlenwagen. Aufschneidend haben die Holzvorrichtungen oberhalb der Seile, wie sie zu schmelzen waren, um die Gewalt des Sturzes aufzuhalten, gerissen. Auch an der Fördermaschine waren am letzten Samstag noch Verbesserungen vorgenommen worden. Seit dem Explosionsunglück von Hisingen 1918 ist dieses Unglück das erste, das den Hamborn Bergbau betroffen hat.

* Berlin, 29. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird zur Ueberführung der Leiche des in Teheran ermordeten amerikanischen Generalkonsuls ein amerikanischer Kreuzer nach Persien entsandt. Wenn nötig werde das Schiff auch zu einer Demonstration demüti gemacht werden.

* Wien, 29. Juli. Saloniki wurde in der vergangenen Nacht durch eine große Feuerbrunst heimgesucht. Das ganze Stadtviertel Vorstadt ist niedergebrannt. Mehrere Tabakfabriken sind vernichtet. Der Schaden beträgt viele Millionen Dollar.

* Der deutsch-belgische Handelsvertrag. Die Regelung für die Einfuhr deutscher Waren nach Belgien, die Ende Juli abschließt, ist von der belgischen Regierung bis zum 31. Dezember 1924 verlängert worden. Die Verlängerung der Einfuhrregelung bedeutet also, daß die belgische Regierung den deutsch-belgischen Handelsvertrag vor Ablauf der belgischen Vertragsbestimmungen nicht zu erleichtern gewillt ist.

* Eppelheim bei Heidelberg, 29. Juli. Gestern abend stürzte der 56 Jahre alte Schenkwirt Philipp Häuser von seinem Schuppen. Schwere Verletzungen erlitt er in das Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlag.

* Baden, 29. Juli. Der Gewerband „Odenwald“ der badischen Kleinindustriellen-Schichten wird am 30. und 31. August d. J. seine letzten ordentlichen Gattungen mit einem großen Gewand- und Korbbildenden Meisterkongress abschließen. Anlässlich der Tagungen werden zur Erinnerung an das 100jährige Jubiläum der Schichten-Gesellschaft Baden Jubiläumsmünzen geklopfen.

* Berlin, 29. Juli. Hier wurde der Chauffeur Martin Kugler aus Berlin wegen Doppeltöte verhaftet. Schick hatte im Jahre 1920 in Berlin eine Ehe geschlossen, nach zwei Monaten aber seine Frau wieder verlassen wegen angeblicher Verhöhnung. Ohne daß die erste Ehe geschieden war, ging er im vorigen Jahre eine zweite Ehe ein. — Vor etwa 3 Wochen erkrankt der 16jährige Sohn des Pfarrers der Antikirche Wühlenerstraße in Stralburg an Rheinfelden. Die Leiche wurde nun in Ru bei Rostadt gefunden und vom Vater als die seines Sohnes anerkannt.

* Karlsruhe, 29. Juli. Aus unbekanntem Beweggrund trat am Sonntag früh ein in der Kronenstraße wohnender Arbeiter eine giftige Flüssigkeit, die heftige Krämpfe verursachte. Lebensgefahr besteht nicht. — Ein perbrannter Baumeister aus Bielefeld schlug sich beim Reparieren von Dachsparren eines Hauses mit dem Hammer auf die Hand, was zur Folge hatte, daß er den Hals verlor und aus einer Höhe von etwa acht Meter vom Dach herab auf die Erde fiel. Der Mann trug innere Verletzungen davon, so daß er im Krankenhaus ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ein Bonkoffler, der am Samstag vormittag mit seinem Fahrrad in übermäßiger Geschwindigkeit auf der Kaiserstraße in die Karlsruher Straße einbog, fuhr eine ledige Rinderkälberin an hier so heftig an, daß sie zu Boden fiel und den rechten Unterarm brach. Außerdem erlitt sie unerhebliche Kopfverletzungen. Die Verletzte wurde in ihre Wohnung gebracht.

* Spandau, 29. Juli. Im Walde wurde ein etwa 20jähriger Mann von einem Fortschützen an einem Baum hingelassen aufgefunden. Der Mann hatte sich mit einem Armeseroller einen Schuß in den Kopf beigebracht. Die Personellen des Landes, der feineren Bapier der sich trug, sind noch unbekannt.

* Lahr, 29. Juli. In der Nacht von Samstag auf Sonntag stürzte sich hier der 21jährige Sohn des Besenbinders Weber aus Dürnbach aus dem obersten Stockwerk eines Hauses, in dem er sich vorübergehend aufgehalten hatte, auf die Straße, wo der Unglückliche bewußlos liegen blieb. Ein feinem Aufkommen wird gewünscht.

kleine Brillanten in dem goldglänzenden Vordach. Er glitzerte und funkelte um die Wette mit den leuchtenden Augensternen.

Die ganze weiße Gestalt in vollster Harmonie mit der herrlichen Musik, die sie den Saiten entlockte — nein, die ihrem tiefsten Innern entquoll —

Alles ringsum im Bann ihrer tiefen Kunst. Selbst die alten Professoren und Kantoren, die im Nebenzimmer bei einem Spielchen saßen, hatten die Karten beiseite gelegt und waren leuchtend nähergetreten.

Der letzte Ton verklang — Auch jetzt noch weidvolle Stille. Dann aber brach er los, der Bass — härmlich, tosend, nach sich jubelnder Begeisterung, wie man sie den ruhigen, kühl abwägenden, skeptischen Schweizer kaum zugetraut hätte.

Hilmar holger rührte keine Faust. Wie eine Entschuldung würde es ihm erschienen sein, hätte er eingestimmt in den allgemalner Jubel.

Nach und nach verhallte der Applaus. Mit einem stolzen Schall wandte Juliane Hangartner sich zu Hilmar.

„Nun? Habe ich zu viel gelacht?“

Dr. Hilmar holger schen noch immer im Bann des soeben Gehörten und Gesungenen. Wie im Traum strich er sich über die Stirn, um dann erragt hervorzufragen:

„Wer ist dieses gottbegnadete Geschöpf, Frau Hangartner?“

Wieder lächelte Juliane.

„Dieses — gottbegnadete Geschöpf ist — meine Schwester Ingrid!“

„Ingrid? Die kleine Ingrid?“

„Ja, lieber Doktor. Die kleine Ingrid. Aus Kindern werden eben Leute. Der Welt Bau. Haben Sie meine Schwester nicht wiedererkannt?“

„Nein. Wahrhaftig nicht. Uebrigens — ich hab sie ja auch nur als Kind. Später war sie wohl in Pension.“

„Ja. Ingrid verbrachte ihre ersten Mädchenjahre im Schloss — in Lugano. Sie war sehr zart damals — nicht nur körperlich — ein außerordentlich sensitives Gemüt — nur Seele.“

„Nur Seele?“ wiederholte der Mann wie mechanisch. Und wieder gingen seine Blicke an der weißen Gestalt dort am Flügel der soeben Wollte und Wagen einem der sie flüchtig umringelten jungen Herren über, mit lächelndem Kopfschütteln, das Uebermaß an Schwelgerei von allen Seiten abwehrte und rasch auf ihre Schwester zugeschnitten kam.

Anstelle der müden Gleichgültigkeit war lebhaftes Interesse getreten — ein Gemisch von Staunen, Bewunderung, ja Entzücken. Unmittelbar folgte ihr Blick dem seinen — und ein zufriedenes Lächeln huschte um ihre Lippen.

Soeben näherte sich dem an der entgegengesetzten Seite des Saales stehenden Flügel ein junges Mädchen, in der Hand eine Violine. Ein weites, an die Antike erinnerndes Gewand von weicher weißer Seide, dessen Falten durch einen einfachen silbernen Gürtel zusammengehalten wurden, ließ an den schlanke Gliedern hinerle. Das ein wenig geneigte seine Köpfchen umstrahlte eine Hülle leuchtend blonden Haars — so intensiv leuchtend in dem hellen elektrischen Licht, daß es beinahe gödort erschien und einen wunderbaren Kontrast bildete zu den dunklen Brauen und Wimpern. Das ganze Dasein des Gesichts war heilig, ohne jede Spur von Rde. Nur die stolze schwebenden Lippen waren listrot und ein wenig zusammengepreßt, wie in leichter Nervosität oder Seelen-erregung.

Ein paar einleitende Akkorde am Klavier als Präludium. Wer sie spielte — Hilmar holger beachtete es nicht. Seine ganze Aufmerksamkeit galt der jungen Geigerin, von der ein magischer Zauber ausgehen schien. Denn verstummt war pflanzlich jede Unterhaltung.

Tiefe Stille. Man schaute nur und — wartete.

Auch Hilmars Blick hing an dem weichen, an dem fließen, fließen Gesichte mit den sorgbewimperten gefenken Lidern.

Jetzt erwaachte die leuchtende Bißon zum Leben. Langsam hob der gerigerte Arm die Violine. . . Die Rechte legte den Bogen an . . .

Und jetzt durchdringender Löne den Raum — Löne, so weich und schmelzend, so herrschend, wie Hilmar sie noch nie vernommen. Raum schlen der Bogen die Saiten zu berühren, so leicht ging er auf und nieder. Das weiche und schluchzige und jauchzige und jubillierende — die Seele des wie vergüßt Aufschwandes erschauerte in einem nigelantmen Glanzgefäß.

Die anfängliche Nervosität der jungen Künstlerin war gänzlich überwunden. Je länger sie spielte, umso ruhiger wurde sie. Die beiden Wangen röteten sich. Er frodes Lächeln teilte die blühenden Lippen. Die großen, tiefblauen Augen strahlten und erschienen wie von innen heraus erhellt.

Bei jeder Bewegung des graziösen Köpfchens glitzerte der

Die Eisenbahn-Tarifpolitik

Wenn das Sachverständigen Gutachten der künftigen Reichsbahn-Gesellschaft das Recht absprechen will, ihre Tarifpolitik in den Dienst der Wirtschaftspolitik zu stellen, so ist damit die bewusste Einwirkung gemeint, die die Tarifpolitik zur Förderung der Wirtschaft über zur Geltung dieser in vorbestimmte Bahnen auszuüben vermag. Ob eine solche Vorfahrt volkswirtschaftlich richtig ist oder nicht, darüber soll hier nicht gesprochen werden. Eines jedenfalls verbietet das Gutachten nicht und kann es auch nicht verbieten: die Anpassung der Tarife an die vorhandenen Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Notwendigkeit einer solchen ist vom volkswirtschaftlichen, als auch vom eisenbahn-wirtschaftlichen Standpunkt aus unbedingtes Gebot; denn bei Nichtberücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und deren Veränderungen wird die Wirtschaft schädigt und die Beanspruchung der Verkehrsapparate läßt nach, so daß die Eisenbahn in ihren Rollen die Wirkung fühlbar muß. Die Erhöhung der Einnahmen der Eisenbahn kann nur durch die kaufmännische Art der Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft erreicht werden.

Wir geben zu, daß es schwer sein mag, die tausendfachen Beziehungen der Wirtschaft, sowie die zur Zeit namentlich in ständlichem Maß befindlichen Veränderungen zu verfolgen und den Eisenbahnapparat auf diese einzustellen, doch gestaltet sich die Aufgabe wesentlich einfacher, wenn alle die vorübergehenden Einzelkonjunkturen und Veränderungen, die das Gesamtbild nicht verschieben, ausgeschlossen werden. Veränderungen, auf die die Tarifpolitik keine Rücksicht nehmen kann, weil sie einem System unterworfen ist, dessen Unveränderlichkeit gewahrt bleiben muß. Es bleiben dann nur Veränderungen innerhalb der Wirtschaft, die bestehenden Charakter haben und in ihren Einflüssen so stark sind, daß sie von der Eisenbahn erkannt werden können. Diese müssen aber auch erkannt werden, zumal die betreffenden Wirtschaftsteile der Eisenbahn sofort Mitteilung machen und auf Abhilfe drängen.

Trotzdem muß leider festgestellt werden, daß die deutsche Reichsbahn es sehr oft an dem nötigen Verständnis fehlen läßt und damit die Wirtschaft und sich selbst schädigt. Wir finden in den letzten Monatsberichten der Reichsbahn immer wieder die Klage, daß die Beanspruchung der Eisenbahn zurückgeht. Mag diese auch zum größeren Teil auf die Krise in der Wirtschaft zurückzuführen sein, so wirkt doch zweifellos in starkem Maße die abnorme Höhe der Frachten mit. Der Lebenshaltungsindeks in Deutschland betrug im 3t. (1913 auf 100 gesetzt) etwa 117 %, während der Großhandelsindex mit etwa 112%, angenommen wird. Das Preisniveau liegt also etwa 12 bzw. 17 % über dem Vorkriegsstand. Demgegenüber liegt das Preisniveau der Reichsbahn heute auf einer Höhe von ca. 160—180 % (je nach Entfernung), also 60—80 Prozent über dem Stand von 1913, wobei aber nicht berücksichtigt ist, daß durch die neue Tarifbestimmungen und Aufzinsierungen sich das Verhältnis noch verschlechtert. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine so sich schwer leidende Wirtschaft solche Frachtabforderungen ertragen kann und die Rückwirkung sich in einer Abnahme des Verkehrs zeigen müssen. Trotzdem aber, und trotz aller Vorstellungen der Wirtschaft, ist die Reichsbahn nicht zu einer Angleichung ihres Preisniveaus an den allgemeinen Preisstand zu bewegen.

Was die Wirkung der Eisenbahntarife auf bestimmte Wirtschaftszweige und -gebiete betrifft, so muß auch hier — und hier vor allem — die Reichsbahn mangelndes Verständnis erworben werden. Immer wieder sind es die oberrheinischen Industriegüter und die mit ihnen eng verbundenen Betriebe, die durch die einseitige Tarifpolitik der Reichsbahn in ihrem Lebensnerv getroffen werden. Jene Betriebe, die schon durch die Befreiung der Häfen ein ganzes Jahr lang abgeblühten vom übrigen Deutschland ohne Beachtung blieben. Die Reichsbahn treibt Eisenbahnpolitik, sie fördert die Industrie und die Einfuhr über deutsche Seehäfen und lenkt den bitteren Rot des deutschen Rheines kaum Beachtung. Nach den ungeheuren Schäden, die die Rheinländer und die oberrheinischen Hafenstädte haben erleiden müssen, würde man aus nationalen Gründen allein schon eine Unterstutzung erwarten dürfen, doch die Reichsbahn zieht durch ihre billigen Ausnahmetarife, die nur über die deutschen Seehäfen Geltung haben, die Transporte vom Rheine ab und bereichert sich auf Kosten der Schiffahrt und der rheinischen Wirtschaft. Wie weit die Reichsbahn in dieser Beziehung geht, beweist, daß bis zum 10. Juni d. J. Getreidetransporte von Hamburg bis zur Schweizer Grenze auf 900 Kilometer absolut billiger befördert wurden, als ab Mannheim auf 307 Kilometer nach der Grenze. In der Beförderung ab Mannheim ist nach die Schiffahrt ab Rotterdam zu rechnen, jedoch ist die Ökonomie nicht mit der ehemals blühende Getreidehandel Mannheims solchen Verhältnissen gegenüberstand. Dem starken Drängen der Wirtschaft zufolge, das gegen eine derartige einseitige Tarifpolitik einbringen mußte, hat die Reichsbahn endlich am 16. Juni eine Tarifschlüsselkarte im Transitverkehr eingeführt, der die Not beheben sollte. Güter der Klassen A—D mit gewissen Ausnahmen sollten beim Umfrachten in Mannheim, Karlsruhe und Neßl und Durchfuhr nach dem Auslande ermäßigte Frachtsätze genießen, um wieder gegen die direkten Transportwege über deutsche Seehäfen konkurrenzfähig zu werden. Bei näherer Durchsicht des gewöhnlichen Ausnahmetarifs jedoch zeigt sich, daß die Ermäßigung in der Praxis völlig wertlos ist; denn die neuen Frachtsätze sind an Bedingungen geknüpft, die der Rheinumschlagverkehr zum größten Teil nicht erfüllen kann. Greifen wir einige dieser Bedingungen heraus:

durch die Reichsbahn erneut geschädigt wurde, kann sich die Schiffahrt nur langsam erholen und muß Schritt für Schritt versuchen, wieder in ihren Aufgabebereich einzutreten. Es sind nur wenige Güterarten, die heute in Mengen von 180 Tonnen monatlich nach dem Auslande befördert werden. Für den größten Teil der Güterarten kommt der Tarif also nicht in Frage. Ferner: die Kullieferung der 180 Tonnen im Umschlag auf die Eisenbahn muß innerhalb eines Monats erfolgen. Wie die Eisenbahn auf eine solche wertwürdigen Bestimmung kommt, ist nicht recht erklärlich. Hat eine Firma bis zum 29. eines Monats 150 Tonnen umgeschlagen und der Rest von 30 Tonnen kommt per Schiff einen Tag zu spät an, so verfallt die Anwendung des Ausnahmetarifs und der Versender zieht sich eine Verstrafsstrafe zu. Diese besteht darin, daß für die bereits umgeschlagenen 150 Tonnen der doppelte Unterschied zwischen regulärer Fracht und Ausnahmetarif nachzuschlagen ist. Die Fracht ist in einem solchen Falle also wesentlich teurer, als die Fracht nach der ordentlichen Tariffolge. Rein ausländischer Empfänger wird dieses Risiko der Frachtschuldung auf sich nehmen, und die Umschlagfirma kann es nicht tragen.

Sehen wir von diesen Bestimmungen ab, die die Anwendung des Tarifs schon fast unmöglich machen, und vergleichen wir nur die Frachtsätze des Ausnahmetarifs mit denen des entsprechenden Seehafentarifs, so ergeben sich Spannungen von 23 bis 67 Pfennig je 100 Kilogramm zu Gunsten der Beförderung ab Mannheim. Ein Anreiz zur Beförderung über Mannheim bestünde also, wenn — die Schiffahrt das Gut von Rotterdam bis Mannheim unentgeltlich liefern würde. Da dies aber nicht der Fall ist, verringern sich die Spannungen beträchtlich, doch unter Berücksichtigung der schnelleren Beförderung des Weges des zweiten Umschlages, sowie der billigeren Versicherung des Eisenbahnfrachts der Weg ab Seehäfen rentabel ist. Das einseitige also, was der lang ersehnte Umschlagtarif gebracht hat, ist, daß die Fracht Mannheim—Schweizer Grenze nicht mehr absolut, sondern nur noch relativ teurer ist, als die direkte Bahnweg ab Seehäfen.

Es ist unbegreiflich, wie die zuständigen Reichsbehörden, vor allem aber auch die badische Regierung, mitanzusehen können, wie die Hafenstädte des Oberrheins von der Reichsbahn behandelt werden. Auch von der Eisenbahndirektion Karlsruhe, als ehemalige Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen, darf Badens Wirtschaft erwarten, daß sie sich mit weit mehr Energie und Zähigkeit für Badens berechtigten Wünsche einsetzt aus der Erkenntnis heraus, daß ohne Einführung der von Handel und Industrie unabhängig geforderten Umschlagtarife Badens Industrie und Handel wettbewerbsfähig bleiben müssen und daß nicht zuletzt auch die Eisenbahn der umfrachtende Teil sein muß. Nicht nur der früher so blühende Verkehr über die badischen Häfen muß zum Erliegen kommen, sondern durch die so kurzfristige und unfaulmnnliche Tarifpolitik werden die früheren Zustände der deutschen Eisenbahnen gewaltig gemindert, ihre Transporte den entgegengerichteten und einseitig ausländischen (besonders den außerordentlich rubigen französischen Eisenbahnerwartungen) auszuweichen. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe weiß, wie schwer die Hafenstädte ihres Bezirks zu leiden haben, sie muß wissen, daß mit Umschlagtarifen, deren Wirkung durch Bestimmungen, wie die vorgenannten, aufgehoben wird, nicht gebietet sein kann. Unsere Hfen müssen den Seehäfen gleichgestellt und die Seehafentarife müssen für alle Güter, die für die Rheinlandschaft als Transportgut in Frage kommen, in entsprechender Umarbeitung ihrer Systeme auch hier angewandt werden. Es ist eine vornehmliche, aber auch sehr dringende Aufgabe der badischen Regierung sich dieser Angelegenheit anzunehmen und sich nicht zufrieden zu geben, denn nicht diese für Badens Wirtschaft ausschlaggebende Lebensfrage einer für unser Land erdnglichen Lösung entgegengeführt ist.

Städtische Nachrichten

Selbstanzeige wegen Hinterziehung von Steuern

Wer Steuern hinterzogen hat, kann sein Unrecht gutmachen und sich Straffreiheit dadurch sichern, daß er selbst die unterlassenen Angaben nachholt oder unvollständige Angaben erbringt oder unrichtige Angaben berichtigt. Die Straffreiheit tritt aber nur dann ein, wenn folgende drei Voraussetzungen vorliegen:

- a) Es darf noch keine Anzeige erstattet und keine Unteruchung gegen den Pflchtigen eingeleitet sein;
- b) der Pflchtige darf zu seiner Selbstanzeige nicht durch eine unmittelbare Gefahr der Entdeckung veranlaßt sein;
- c) die hinterzogenen Steuern müssen innerhalb derjenigen Frist, die das Finanzamt dafür bestimmt, nachgezahlt werden.

Ob eine Anzeige schon erstattet oder eine Unteruchung schon eingeleitet ist, wird der Steuerpflichtige nicht immer wissen. Denn die Einleitung der Unteruchung erfolgt lediglich dadurch, daß ein Beamter in den Akten gemacht wird; eine Benachrichtigung des Beschuldigten ist im Gesetz nicht vorgeordnet. Allerdings wird in der Regel wohl schon im Beginn eines eingeleiteten Strafverfahrens der Steuerpflichtige persönlich vernommen werden. Auch abgesehen davon wird er sich im allgemeinen wohl eine Vorstellung davon machen können, ob eine Anzeige gegen ihn erstattet oder eine Unteruchung gegen ihn eingeleitet ist. Dabei kommt es ent-

scheidend darauf an, daß die Unteruchung gerade wegen der bestimmten einzelnen Tat eingeleitet ist. Wenn z. B. der zuständige Beamte nur den allgem. Verdacht schöpft, daß bei den Einkommensteuererklärungen irgend etwas nicht in Ordnung sein könnte, und wenn er deshalb eine Unteruchung einleitet, so ist damit noch keineswegs die Möglichkeit für eine straflose Selbstanzeige wegen irgend eines bestimmten verschwiegenen Einkommenssteiles ausgeschlossen.

Schwierig gestaltet sich oft die Frage, ob die Selbstanzeige durch die unmittelbare Gefahr einer Entdeckung veranlaßt ist. Wenn man diese Bestimmung richtig verstehen will, so muß man vor allem das Wort „unmittelbar“ scharf betonen. Wer in dem Augenblick, wo ein durchsuchender Steuerbeamter die Deckung des Schrankens verlangt, sich zu dem Bestndnis entschließt, daß er darin einen bisher verschwiegenen Geldbestand verwahrt habe, der ist natürlich durch die unmittelbare Gefahr der Entdeckung dazu veranlaßt worden. Wer aber nur auf mittelbare Art die Entdeckung seiner Hinterziehung befürchtet — indem er etwa erwidert, daß bei späteren Steuererklärungen die Sache doch herauskommen müsse, oder weil er etwa sieht, daß zahlreiche Revisionen in seinen Kreisen vorgenommen werden und daraus schließt, daß er auch eines Tages revidiert werden könnte —, der kann noch immer eine Selbstanzeige mit dem Erfolge der Straffreiheit einreichen.

Die Anzeige muß von dem Schuldigen selbst ausgehen oder wenigstens durch ihn veranlaßt sein. Sind an einer Hinterziehung mehrere Personen beteiligt und zeigt nur einer den Vorfall an, so müssen dadurch die anderen nicht straflos. Dieser Fall ist besonders häufig, wenn bei einem Grundstckverkauf der Kaufpreis zu niedrig angegeben, also Grundsteuerhinterziehung ist, und die eine Partei dann zur Selbstanzeige schreitet. Es ist also ratsam, daß in solchen Fällen beide Parteien gemeinsam die Anzeige erstatten. Natürlich genügt es auch, wenn eine Partei zugleich im eigenen Namen und im Namen der anderen Partei mit deren Zustimmung handelt. Hat man sich bei der Steuerhinterziehung von einem unredlichen Dritten beraten lassen, und wirkt dieser Dritte bei der Selbstanzeige nicht mit, so kann der Helfer immer noch wegen Beihilfe bestraft werden, während der eigentliche Täter wegen seiner Selbstanzeige von Strafe frei bleibt.

Die Nachzahlung der hinterzogenen Steuer braucht erst zu erfolgen, wenn das Finanzamt die Steuersumme festgesetzt hat. Das Finanzamt setzt dann zugleich eine Frist zur Zahlung fest. Innerhalb dieser Frist muß die Zahlung geleistet werden, wenn nicht der Vorteil der Straffreiheit verloren gehen soll. Natürlich müssen neben der Steuersumme selbst auch Zinsen, Verzugszuschge usw. gezahlt werden. Es ist gerade jetzt, nach Stabilisierung der Währung von großer Wichtigkeit, sich hier zu machen, welche Steuern man im Falle der Selbstanzeige nachzahlen hat. Dabei spielt vor allem die Frage der Aufwertung der hinterzogenen Steuern eine groÙe Rolle. Im allgemeinen werden nur die seit dem 1. Januar 1923 entstandenen Steuern aufgewertet. Eine Ausnahme dafür gilt aber gerade für diejenigen Nachforderungen, die sich aufgrund von Steuerunverhndlungen oder aufgrund neuer Tatsachen oder Beweismittel ergeben. Derartige Nachforderungen von Reichsteuern werden immer aufgewertet, mögen sie auch noch so weit zurückliegen. Aber auch dieser Grundlag wird wieder durch durchkreuzt, daß für die meisten Reichsteuern aus früheren Zeiten die Veranlagung und Erhebung eingestellt ist.

Nicht mehr veranlagt und erhoben werden vor allem Wehrbeitrag, Besitzsteuer, Kriegssteuer 1916, Kriegsabgabe 1918, Kriegsabgabe 1919, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Reichsnotopfer, Vermögenssteuer 1923, Zwangsanzleihe, Einkommensteuer bis 1921, Krpersteuer bis 1921. Wenn man diese Aufzählung genauer betrachtet, so muß man feststellen, daß in sie mitfaßen sind:

- a) alle Abgaben vom Vermögen oder vom Vermögenszuwachs ausgenommen lediglich bis auf Goldbills berechnete Vermögenssteuer 1924,
- b) alle Abgaben vom Einkommen der natürlichen Personen und der juristischen Personen bis Ende 1921,
- c) dagegen keinerlei sonstige Steuern, also keine Umsatzsteuer, keine Grundsteuer, keine Kapitalertrgssteuer, keine Verbrauchsteuer usw.

Der Erfolg einer Selbstanzeige wäre also folgender: Wer angezeigt, daß er Vermögen verschwiegen hat, braucht überhaupt nichts nachzahlen, ausgenommen, die noch für die Erhebung begriffene Vermögenssteuer 1924. Für ihn also ist der gegenwärtige Augenblick für eine Selbstanzeige besonders günstig, weil er nur zu zahlen hat, was er auch zu zahlen würde, wenn er bei der letzten Vermgenssteuererklrung (per 31. Dezember 1923) sein Vermögen richtig angegeben haben würde. Wer angezeigt, daß er Einkommen aus den Jahren bis 1921 einschlieÙlich verschwiegen hat, braucht überhaupt nicht nachzahlen. Wer angezeigt, daß er Einkommen aus 1922 verschwiegen hat, muß sehr erhebliche Nachzahlungen leisten. Zunächst kann die Nachforderung, die sich an Einkommensteuer 1922 ergibt, aufgewertet werden. Außerdem hat er entsprechende Nachzahlungen auf die Rhein-Ruhr-Abgabe und auf die Einkommensteuer 1923 zu zahlen, weil diese Abgaben bis je nach der Steuerpflicht von 1922 berechnen. Wer endlich anzeigt, daß er irgend eine andere Steuer, z. B. Umsatzsteuer, Grundsteuer, Kapitalertrgssteuer usw. verschwiegen hat, muß in jedem Falle die aufgewertete Steuer nachzahlen, gleichviel in welchem Zeitraum die hinterzogene Steuer fällt.

Da keinem Fall kann bei freiwilliger und nicht auf der unmittelbaren Gefahr der Entdeckung beruhender Selbstanzeige eine Befreiung oder ein Vermögensverlust oder ein sonstiger Nachteil einwirken. Wer das Bedürfnis hat, nach Ueberwindung der Inflationsge-

Schwermuttsbriefe Heinrich von Kleists

In der Autographensammlung des Handelsgerichtsrats Cornelius Meyer, die kürzlich bei Karl Ernst Henrich in Berlin verstigert wurde, fand auch einige Briefe Heinrich von Kleists ausgehandelt. Aus diesen Briefen, die an seine Freundin Caroline und Henriette von Schlieben in Dresden und den Verlobten Karoline von Waler Lohse gerichtet sind, spricht die Schwermutt, die sein ganzes kurzes Leben verdrtete und schlieÙlich das Ende herbeiführte. So schreibt er aus Paris am 18. Juli 1801 an Caroline: „Ob ich dabei glücklich sein werde — ach liebe Freundin, so er ist glücklich — der kalte Mensch, dem nie ein Gefühl die Brust erwärmt, der nie empfand, wie sich eine Thräne, wie sich ein Hndchen an ihm stmpft bei dem Schmerz, stumpf bei der Freude ist, er ist nicht glücklich.“ Er spricht von seinen Reisen in Sachsen, am Rhein, nach Paris, von seiner Schwester Ulrike, die ihn begleitete. Von Dresden schwärmt er immer aus neue. Sehr lange weilt er bei der Feier der Hrderung der Baubille in Paris, die er gleich nach seiner Ankunft mitmachte. Er hat nur viel von der Hlle der Volksgedanken. „Es ist wahrlich schmerzhaft, daß ich nie in mein Vaterland zurückkehre. In welchem Weltteil ich einig das Pfnzchen des Glücks pflnden werde, und ab es überhaupt irgendwo für mich blht? — Ach dunkel ist alles.“ An seinen Freund, den Maler Lohse, den Verlobten Karoline, mit dem er sich entzweit hatte, schreibt er aus Biedichthal am 20. Dez. 1801: „Du sollst keine Vorwürfe von mir hören. Ich will dich nicht so friedliebend, so lieblich, wie in der Rhe einer Todesstunde. Ich bitte um Deine Verzeihung. Ich weiß, daß eine Schuld auch auf meiner Seele lastet, keine hässliche war, aber doch eine, die, daß ich Dein Gutes nicht nach seiner Würdigkeit, weil es nicht das Beste war. O verzeh mich! Es ist mein berwnntes Gemüt, das sich nie an dem was nicht, doch will mir verzeihen solle. Thue Du es, es wird Dir gnstlich stehen. Ich verzeh Dir alles, o Alles... Ach Lohse, wenn Caroline Dich einig fragen wird, wie konntest Du so schnell, so leicht von einem Menschen scheiden, der Dir doch so viel Liebes, so viel Gutes tat, wie wirst Du Dich getrauen können zu antworten, es sei geschehen, weil er immer recht haben wollte? — O Gott Caroline! — Bitt Du sie denn auch glücklich machen! O verzeihe nicht eine Warnung. Es ist die letzte, die pflzt aus reiner Quelle zu kommen. Traue nicht dem Gefühl, das Dir sagt, an Dir sei nichts mehr zu ändern. Vieles solltest Du ändern, manches auch Konntest Du. Kerne auch mit dem Garten umgeben...“ Voll Schwermutt ist auch der Brief an Henriette von Schlieben aus Berlin, 20. Juli 1804. Kleist erzählt in war-

men Worten von Lohse, an den er einen so herben Abschiedsbrief geschrieben habe. Durch seine zunehmende Gemtskrankheit sei er immer unfähiger geworden, einen Brief zu schreiben. Er fährt fort: „Sobann bin ich, wie von der Furie getrieben, Frankreich von Neuem mit blinder Unruhe in zwei Richtungen durchzogen... nach Boulogne fur mer gegangen, wo ich, wenn Bonaparte sich damals wirklich nach England mit dem Heere eingeschiffet hätte, aus Lebensbedrngnis einen rasenden Streich begangen haben würde. Ich bin nicht im Stande, vernünftigen Menschen einen Aufschluß über diese seltsame Reise zu geben...“

Theater und Musik

Manheimer Künstler auswärtig. Ueber ein Konzert, das Frau Wolf-Dengel kürzlich in Ludwigshafen gab, urteilt die Presse durchaus anerkennend. So schrieb die „Pfalz Rundschau“: Frau Wolf-Dengel verfügt über eine sehr sympathische, abgerundete Altstimme, die besonders in der Mittellage eine liebliche Wärme hat und, was in diesem Riesengebiet sehr wesentlich war, auÙerordentlich tragfähig ist. — Und die Neue Pfalz, Landeszeitung“ führte aus: Frau Emma Wolf-Dengel, Mannheim, sang Lieber von Schubert, Schumann und Brahms und zeigte uns damit das deutsche Kunstlied in seiner höchsten Vollendung. Sie verfügt über eine weiche Altstimme von seltener Flle und Reichtum und konnte, da sie höchst technische Durchbildung und ein feines musikalisches Verständnis besitzt, die Begeisterung aller Zuschauer erwecken.

Kunst und Wissenschaft

Deutsche Forschungsreisen in Südamerika. Prof. Dr. Theodor Koch-Grünberg, der Stuttgarter Ethnologe, und der amerikanische Forschungsreisende Dr. Hamilton Rice haben soeben gemeinsam eine Forschungsreise nach den noch unbedeutenden Quellen des Orinoko, in die Sierra Parima angetreten. Die Hauptabteilung mit den beiden Führern geht vom Amazonasstrom aus durch den Rio Negro, den Rio Branco und den Rio Maricunga nach dem Quellgebiet; eine Hilfsabteilung soll zum Orinoko aus entgegengerichtet werden. Der Rstweg soll durch den Caquiquiare zum Rio Negro und Amazonasstrom führen. Die Expedition ist mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattet wie Radiostationen und einem Wasserflugzeug, das eine Verbindung zwischen den beiden Abteilungen herstellen soll. Seit dem vorigen Juli war Prof. Koch-Grünberg in Argentinien und ist eben dorthin zurückgekehrt. Er ging in der Umgebung des Nahuel Huari-Sees einzelnen Spuren nach und verbrachte auch kürzere Zeit auf der chilenischen Seite. Zwei Monate arbeitete Kiste in der Gopopampa, im Ver-

gleichungsgebiet, dann mehr im Gebirge. — In diesem Jahre hat ferner Prof. Dr. Franz Shen das Nordkaribische Gebiet im Süden der Provinz Mendoza bereist, zwischen den Flüssen Diamanten und Atuel, von dem Städtchen San Rafael aus. Den Vulkan Cuervo (4800 Meter) erstieg Shen und hatte von seinem Krater aus einen herrlichen Blick auf die fast vergletscherte Grenzgebirge. Der Krater, der 1 bis 2 Kilometer Durchmesser fühlt, ist gänzlich mit Eis gefllt. GroÙe Lager reiner Schwefels, Erzhilfen von schmelzender Säure und Edelsteinlieferant waren kurz unterhalb des Gipfels bemerkbar. Alle Schmelzer in dem gesamten Bereich Gebiet (untere Grenze 8000 Meter) waren in „Lherschnee“ verwandelt, durchschneitlich mit Figuren von 1 1/2 bis 2 Meter Höhe, immer als ostwestlich getreichte, schmale Platten mit harter Kmpfung nach Norden entwckelt.

Grausamkeit und Humor in der Gerichtsbarkeit. Unsere alles nobelere Zeit ist nicht an der modernen Rechtspflege vor-übergegangen, ohne auch ihren Strafen den Stempel der Weisheit aufzudrücken. Freiheitsstrafen und Geldbußen sind die Strafmittel der zeitgemhen Rechtspflege, zu welchen sich nur in „schwersten“ Fällen die Todesstrafe gesellt. In früheren Jahrhunderten war es anders. Da strafte man drastisch oder — verlustig. Für den ersten Fall liefert die Geschichte genug trauriger Beispiele. So wurde z. B. 1484 ein Schriftsteller zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil er als Professor der Philosophie an der Universität zu Bologna in einer Schrift die Bemerkung gemacht hatte, daß Körte und Advokaten ebensowenig wie Penner die vierte Wille des Volkes seien dürften. Die blutige Halsgerichtsordnung Karl V. sah für Raubungsmittelschfer ganz graumale Strafen vor. So wurden 1486 Hans Kölbel und Liebhard Frey wegen Flscherei von Stoffen und den gefälschten Waren scharflich verurteilt, und die Witze, die den Richterinnen gehalten hatte, lebendig begraben. Einem Nürnberger Weinbndler, der mit „Wasser“ gekuft den Wein, kam aus besonderer Gnab“ mit abgeschlissenen Ohren davon. In der Regel wurden aber Strafen wegen Vergehens, die wir heute als „Schickertum“ bezeichnen, mit belustigendem Gepräge vollzogen. In Cambrai (Frankreich) stand auf freiem Markt der „Wuttertuch“, auf dem derjenige Wutterhndler gefest und angebunden wurde, der die kufener an Gewicht oder Qualität seiner Ware zu schädigen gesucht hatte. Auf sein „schuldige Haupt“ wurde dann die konfiskierte Ware gelegt, das andere besorgte — die Sonne. Zum Schaden hatte der Uebeltter Spott und Hohn genug! In Hamburg handelte im 16. Jahrhundert „Schieber“ in einem Korb über ein Wasserferretoir und ließ ihnen freie Wahl, dort zum Gaudium der Jungen und Alten hängen zu bleiben oder den Strauß zu lassen und mit Korb und Ware ins Wasser zu hängen. Eine „humoristische“ Strafe war dem Bauer aus Bischofswerda gutdnner, der

Größenhainichen unter dem roten Terror

Die Welle des Generalstreiks im August v. J., die in Sachsen besonders hoch...

Nachdem der Generalstreik proklamiert war, hatte ein Schriftsteller in Größenhainichen, der Vorsitzender des Ortsausschusses...

Die Angeklagten bestritten die Bildung einer proletarischen Gewerkschaft...

Die Selbstbehauptung des Juchtsdusters

Aus Berger über seine Braut wollte der beruflose Franz Hofstett...

Auf den Bericht des Hofstett über seine Teilnahme an den Einbrüchen...

Sportliche Rundschau

Dem Spielplatzgesetz entgegen

Der Reichsrat für körperliche Erziehung beim Reichsministerium des Innern...

- 1. Jede deutsche Gemeinde muß einen Spielplatz haben. 2. Mehrere Gemeinden...

Landesgesetzlicher Bestimmungen das Enteignungsrecht. Sie können...

§ 5. Alles innerhalb der Gemarkung der Gemeinden und der Gemeindeverbände...

§ 6. Gemeinden und Gemeindeverbände, denen bei der Beschaffung...

§ 7. Einzelnen Anliegern steht ein Einspruchsrecht gegen die Errichtung...

§ 8. Jeder auf Gemeindegelände oder von den Gemeindeverbänden...

§ 9. Die Reichspachtordnung vom 9. Juni 1920 (Reichsgesetzblatt 1191)...

§ 10. Die Länder erlassen zu diesem Gesetz die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Pferdesport

Welterschließung für Baden-Baden. Die am 22. August beginnende internationale Wannwoche...

Turnierfolge drahtlos in Paris

Die großen olympischen Reiterfolge in Paris haben im Zeichen der deutschen Jucht...

Motorradspport

Deutscher Motorradtag in Dänemark. Bei den internationalen Motorradrennen...

Fußball

Aus dem internationalen Fußballlager. Ueber das Berufsspielerium in Mitteleuropa...

Rugby

Einigung im Rugby. Der am Sonntag in Hannover fortgesetzte Verbandstag...

Boxen

Dom internationalen Boxkampf. Ueber den Boxkampf Lunen-Carpentier...

Neues aus aller Welt

Wiedereröffnung der Adhler im Thüringer Wald. Während die Adhler im Thüringer Wald...

In der Todesstunde befohlen. In einem Hause der Romener Straße in Potsdam...

Dem sicheren Tode entronnen. Vor dem Tode wurden bei Hamburg im letzten Augenblick fünf Wanderer...

Ein merkwürdiger Tierkampf. In Landsberg (Warthe) erlangte ein in Gefangenschaft gehaltener Mäusebussard...

Drei Personen ertranken. Aus Salzburg wird gemeldet: Ein Knecht hat auf dem Wallersee ein schweres Bootungsstück verschuldet...

Furchbares Familien drama. In Götting bei Prag hat sich ein Familienvergnügen zugezogen...

Der Onkel aus Amerika als Helfer. Ueber einen familiären Scheidungsprozess in Wien amüsiert man sich...

Die Schwiegermutter in die Donau geworfen. Der Straßburger Franz Wiskhan in Budapest...

Vongebreden an der Kuppel von St. Peter in Rom. Aus Rom wird gemeldet: Das Baukomitee des Vatikan...

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Das von Irland vorrückende Tiefdruckgebiet hat sich bis zum Kanal verlagert...

W e i l e u n d S c h a l l

Von der Hochfrequenztelephonie

Im Rundfunkverkehr hat man festgestellt, daß in den Großstädten die meisten Störungen beim Empfang auftreten. Dagegen gelingt es schon an der Reichsgrenze großer Städte fast immer, mit mehreren Röhren auch andere Stationen zu hören, die man im Zentrum der Städte im Chaos von Geräuschen fast vergeblich sucht. Der Ehrgeiz der Rundfunkhörer, England zu hören, findet im Zentrum Berlins seit einiger Zeit kaum mehr Befriedigung. Teils wegen der starken atmosphärischen Störungen, teils auch wegen der stets zunehmenden Störungen von Empfängern untereinander, Straßenbahnen, Lichtwerke, elektrische Zentralen und noch hundert andere Dinge führen den Empfang empfindlich.

Diese Tatsachen beeinträchtigen ganz selbstverständlich die Freude am Empfang, und man sucht darauf, wie gerade in Großstädten der Empfang zu verbessern ist. Nun hat man den Vorschlag gemacht, sich in solchen Fällen der Hochfrequenztelephonie zu bedienen, und ganz besonders in Amerika, wo man die Möglichkeit und Unmöglichkeit der drahtlosen Telephonie bereits bis zum Äußersten ausprobiert hat, erregt man jetzt allen Ernstes die Möglichkeit, mit Hilfe der Hochfrequenztelephonie Rundfunkdarbietungen zu veranstalten, die weniger Störungen unterworfen sind. Das will man erreichen, indem man in den verschiedenen elektrischen Licht- und Kraftzentralen, die Stadt und Land mit Energie versorgen, Radiolampen aufstellt und deren Schwingungen auf das vorhandene Leitungssystem induziert. Hiermit würde aber jeder Stromabnehmer auch gleichzeitig Rundfunkhörer werden. Es erörtern sich hier also Möglichkeiten, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, daß man sich mit dieser Angelegenheit näher befaßt. In Deutschland steht nun allerdings die drahtlose Telephonie im Mittelpunkt allen Interesses, und vielen erscheint sie als das „non plus ultra“ aller technischen Erfindungen. In der Technik gibt es aber keine Grenzen. Es darf keine Grenzen geben. Fortschritt und Entwicklung sind die treibenden Kräfte in der Technik, und sie werden die erstrebenswerten Ziele immer höher stellen. Hat man einmal die Erkenntnis, daß über das Erreichte hinaus noch etwas Besseres zu erreichen ist, dann muß eben dieses Bessere erstrebt und erlangt werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist das Verhältnis zwischen der drahtlosen Telephonie und der Hochfrequenztelephonie zu betrachten. Neben der längst bekannten Drahttelephonie und der neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Technik, der Radiotelephonie, gibt es noch eine dritte Art Telephonie, nämlich die Hochfrequenztelephonie längs Leitungen. Diese Telephonie bildet ein Mittelglied zwischen Draht- und drahtloser Telephonie und zwar benötigt sie von ersterer den vorhandenen Drahtweg und von letzterer den Sender. Man benutzt hierzu die besondere Eigenschaft ganz kurzer Wellen (unter 100 Meter), die an Leitungslinien, Eisenbahnschienen, Telephon- und Telegraphenlinien, Hochspannungsleitungen mit Vorliebe ihren Weg nehmen, ohne daß dadurch diese Leitungen in ihrer eigentlichen Bestimmung beeinträchtigt würden. Weder der Querschnitt der Leitung noch ihr Material spielen eine Rolle, sondern lediglich das Vorhandensein irgend eines Leitungsweges, in dessen Nähe sich diese kurzen Wellen der Hochfrequenztelephonie halten können, ist Voraussetzung.

Man kann sich diese Erscheinung sehr gut durch folgende Uebersetzung erklären. Der gewöhnliche Gleichstrom benötigt als Leitungsweg den Querschnitt eines Leiters; je größer dieser Querschnitt, umso verlustloser legt der Gleichstrom seinen Weg zurück. Schon der gewöhnliche, niederfrequenten Wechselstrom (Wechselstrom) dagegen benötigt als Weg die Oberfläche des Leiters, und je größer, je höherfrequent der Wechselstrom wird, umso größer muß man die Oberfläche des Leiters machen. Man benutzt deshalb für solche Ströme Röhren als Stromabnehmer und ferner Rippen und Gitter, die bei geringen Einzelquerschnitten große Oberflächen geben. Geht nun die Frequenz eines Wechselstromes in das Millionenfache — z. B. eine Wellenlänge von 50 Meter entspricht einer Frequenz von 10 Millionen —, so genügt für diese Hochfrequenz die Oberfläche selbst der stärksten Ueberspannung nicht, vielmehr wird sie sich in konzentrischen Wellenlinien um den Leiter herum fortdrehen.

Man erzeugt solche hochfrequenten Schwingungen, wie in der Radiotechnik üblich, mit Hilfe kleiner Röhrensender und induziert sie auf eine Drahtleitung, beispielsweise auf eine Telegraphenlinie. Röhrensender nun an einem entfernten Punkte dieser Linie einen Detektor- oder Röhrenempfänger induktiv mit der Telegraphenlinie, so läßt der Empfänger die ausgesandten Schwingungen auf. In Deutschland wurde dieses Prinzip zur weiteren Ausnutzung der bereits überlasteten Telegraphen- und Telephonfernleitungen zuerst der Infanterie weiter ausgearbeitet und praktisch in Betrieb genommen.

Es wäre das auch für uns eine Möglichkeit, um den von Tag zu Tag heftiger entbrennenden Streit zwischen Rundfunkhörer und Radiomateure zu befeigen, um so mehr, als beide Rundfunksysteme gut nebeneinander bestehen könnten. Während der Teilnehmer ohne jede Störung die Darbietungen mit einer sehr einfachen Empfangsapparatur von seiner Tischleitung „abzapft“ und mit der Unterhaltung, die ihm sein Begleitender bietet, zufrieden ist, wird er nun in seinem Gemüthe nicht gestört, kann andererseits der Amateur mit Hochantenne und Zehnröhrenapparat mit x-facher Rückkopplung im Keller herumtroteln, denn ihn interessiert ja alles mehr als die Darbietungen.

Man darf aber eines nicht vergessen: mit diesem erheblichen technischen Fortschritt werden wieder recht umfangreiche Begleiterscheinungen verbunden. Wenn jeder, der an das elektrische Licht- und Kraftnetz angeschlossen ist, auch ohne weiteres Rundfunkhörer wird, dann wird sich ein Schwarzhörerium von ungeheurer Ausdehnung entwickeln. An sich wäre das weniger Angelegenheit der Rundfunkhörer und Amateure als vielmehr Sache der Postverwaltung, die sich mit diesen Schwarzhörern auseinandersetzen hat. Das aber ist es ja gerade, was im vorliegenden Fall den technischen Fortschritt hemmt und auf absehbare Zeit die Entwicklung der Hochfrequenztelephonie hintanhaltet wird.

Die Rückkopplung

In der Gleitstromröhre, kurz genant Lampe, haben wir in der Radio-Telephonie einen treuen Helfer, der uns aber auch zum Schaden gereicht, wenn er mit Hilfe der Rückkopplung falsch verwendet wird.

Wenn wir die Rückkopplung richtig anwenden, ist diese eine sehr nützliche Anordnung der Lampe und ermöglicht uns, mit verhältnismäßig einfachen Apparaten erstaunliche Leistungen zu erzielen, verwandelt sich aber in einen Miniatursender, sobald falsch angewendet und hört den eigentlichen Zweck der Lampe, nämlich die Verstärkung, auf. Es ist deshalb sehr wichtig, daß jeder Amateur mit der Rückkopplung und deren Wirkungsweise vertraut ist, damit er nicht mit den Vorschriften der amtlichen Organe in Konflikt gerät. Nur dadurch, daß sich der Amateur vollständig mit dieser Einrichtung vertraut macht, kann er sich auch versichern, daß er seinen Mitamateuren keinen Schaden bereitet, indem er seine Rückkopplung falsch anwendet und auch das Versprechen hält, das er mit seiner Unterschrift der Konzeption gab.

Zur besseren Erklärung müssen wir nun die Lampe näher betrachten. Diese hat, wie auch die Lampe „Dreielektrodenröhre“ (sagt drei Hauptteile, das Filament, das Gitter und die Platte. Die Anordnung dieser Teile ist immer die gleiche, abgesehen von ihrer Form. Das Filament, meistens ein gestreckter dünner Draht, darmit in Spiralen das Gitter und das Gitter in Zylinderform einschließend die Platte. Heizen wir das Filament, so fließt ein kontinuierlicher Elektronenstrom vom Filament durch das Gitter zur Platte. Die im Gitter entstehende, durch die von der Antenne herkommenden Zeichen hervorgerufenen minime Spannung, rufen in dem Elektronenstrom eine relativ große Veränderung hervor, die in einem noch größeren Maßstabe auf der Platte reproduziert wird.

Das Prinzip der Rückkopplung ist daher sehr einfach, wenn wir uns erinnern, daß im Gleitstromkreis mehr Strom fließt, je dies im Gleitstromkreis der Fall ist. Wenn wir nun einen

Teil der Energie des Gleitstromkreises in den Gleitstromkreis zurückführen und zu dem bereits fließenden Strom hinzusetzen, so wird auch diese Vermehrung wieder verstärkt und wir erhalten an der Platte ein um so größeres Volumen, wie folgendes Beispiel zeigt. Nehmen wir an, in dem Gleitstromkreis fließt eine Einheit und die Lampe verstärkt diese Einheit zehnmal, so haben wir in der Platte zehn Einheiten. Wir führen nun mit Hilfe der Rückkopplung zurück zum Gitter und haben dort einen Strom von zwei Einheiten. Nun wird diese Menge wieder zehnmal verstärkt, so daß wir eine Plattenleistung von total $2 \times 10 + 9 = 29$ Einheiten haben. Wir haben unsere Zeichenstärke also fast verdreifacht.

Diese Zahlen sind natürlich nur angenommen und können nicht als wirkliche betrachtet werden, und sie veranschaulichen uns nur, wie man mit Hilfe der Rückkopplung Energie in den Gleitstromkreis zurückführt und dort neu verstärkt.

Nun wollen wir ein wenig eingehender zu erklären suchen, wie mit der Rückkopplung die Zeichen im Gleitstromkreis verstärkt werden. Wie wohl jeder Amateur weiß, haben wir im Gleitstromkreis Wechselstrom von hoher Frequenz, hervorgerufen durch die Wellen, welche unsere Antenne ausstrahlt. Nun besitzt jeder Stromkreis Dämpfung, d. h. wenn die elektrischen Wellen ausstrahlen, im Gleitstromkreis Schwingungen zu erzeugen, werden diese noch und noch schwächer und hören ganz auf, oder sie werden gedämpft. Dieser Verlust kann verschiedene Ursachen haben und hier ist es hauptsächlich der Widerstand der Elektroden im Gleitstromkreis. Die Dämpfung der Schwingungen kann gut mit einem Ueberschlag verglichen werden, das in Schwingungen verlegt, daß zum Stillstand kommt. Würde die Luft und die Lagerung am Pendel keinen Widerstand entgegenzusetzen, würde dieses ewig weiter schwingen. Ebenfalls würden die Schwingungen im Gleitstromkreis beständig andauern, hätten wir keine Energieverluste. Wenn wir den Pendel aber bei jeder Schwingung einen genügend starken Stoß geben, um den Widerstand der Luft und der Lager zu überwinden, so halten die Schwingungen an. Das gleiche beobachten wir in unserem Stromkreis, wenn wir genügend neue Energie zuführen, um den Effekt der Dämpfung zu überwinden.

Indem wir nun die Rückkopplung anwenden, um Strom in den Gleitstromkreis zurückzuführen, können wir diese Energiemenge so berechnen, daß die Schwingungen nur nach und nach ausklingen oder, indem wir mehr Energie zuführen, die Schwingungen ausbauen. Dies letztere nennt man beim Eigenkopplung.

Die eigentliche Rückkopplung ist ziemlich einfach und besteht darin, daß man in den Gleitstromkreis der Lampe eine Spule bringt, diese wirkt induktiv auf die Spule des Gleitstromkreises und die beiden Spulen werden entweder in zwei Haltern gegeneinander benetzt oder bestehen aus zwei Röhren, die ineinandergehoben werden. So getappte Spulen nennt man induktiv getappte und der Strom in der einen Spule induziert einen gleichen Strom in der anderen.

Wenn der Gleitstromkreis mit der Antenne verbunden ist, so treten sich diese Schwingungen der Antenne mit den in die Antenne fließt sie aus. So haben wir wieder einen Sender, der wenn auch schwach, so doch für die Empfänger der Nachbarschaft wahrnehmbare Störungen verursacht. Diese Störung ist wahrnehmbar auf jeder Wellenlänge, und durch das Fließen und Heran kommen während eines Konzertes jedem Amateur auf viele Kilometer im Umkreis des Zuhörers verdrängt. Im eigenen Empfänger wird die Lautstärke ein wenig größer sein, aber auf jeden Fall wird die Musik und Sprachen unverständlich und schlechter sein als bei richtig eingestellter Rückkopplung.

Bei richtigem Gebrauch der Rückkopplung sollte bei Empfang von Telephonien der Apparat betriebsfähig sein. Dann bringt man die Spulen so nahe zusammen, bis man bei dem Punkt angelangt ist, wo Gleichschwingungen einsetzen wollen und bringt die Spulen wieder so weit auseinander, daß man sicher ist, daß die Eigenkopplungen nicht etwa den selbst einsehen, und hier sollte der Empfang klar und laut sein.

Damit man obige Vorsichtsprachen richtig ausführen kann, muß man sich Rechenschaft geben können, ob der Apparat überhaupt betriebsfähig war, nicht immer solche ist, besonders wenn man sich in der Nähe einer Station befindet. Darum berührt man die Einweissentenne am Apparat und wenn der Apparat betriebsfähig so muß man im Telephon ein Knoden wahrnehmen und hören, wenn die Eigenkopplungen einsetzen, steigt der Apparat zu prüfen an und die Zeichen und Töne werden unverständlich und zu laut, wie oben bereits erwähnt wurde. Diese Geräusche überwinden alle, wenn der Apparat genau auf die Wellenlänge der Senderstation eingestellt ist und sollen sich auch nicht zeigen bei ganz starker Entfernung von Sender und Empfänger.

Nun ist es aber gleichwohl möglich, einen Empfänger mit störungsfreier Rückkopplung zu verwenden, indem man die Spule der Rückkopplung auf den abgetimmten Gleitstromkreis einer Lampe haupt. Werden bei dieser Schaltung Schwingungen erzeugt, so bleiben diese auf den Gleitstromkreis beschränkt und verursachen keine Störung.

Hauswirt und Antenne

Wissenschaften sind in Deutschland, wie in England und in Frankreich begeben die Rundfunkhörer der letzten Antipode der Hauswirte. In Deutschland ist es ja bestimmtlich zu einer Verheerung gekommen, die sich auf Seite der Hauswirte stellt. Wenn man bedenkt, daß unter den vielen Rundfunkhörern doch immerhin ein großer Bruchteil sorgloser oder leichtfertiger ist, muß der Hauswirt der Hauswirte erschrocken erscheinen, denn mit dem Will ist nicht zu spaßen. Die elementare Gewalt einer solchen Entladung ist größer, als man gewöhnlich annimmt.

In Amerika wurde im vergangenen Jahre der Versuch gemacht, eine Willentladung auf künstlichem Wege zustande zu bringen. Trotz großer Auswendungen gelang es aber nur, auf eine Spannung von 2 Millionen Volt zu kommen. Auf Grund dieses Versuches errechnete man, daß die Kraftstärke eines natürlichen Blitzes in der Größenordnung um 50 Millionen Volt herum liegen muß. Da diese Voltspannung eines Blitzes aber abhängig ist von der Entfernung der beiden entgegengesetzten aufgeladenen Materien, zwischen denen die Funkenentladung auftritt, so dürfte es vorkommen, daß Blitze mit einer Kraftstärke von 100 Millionen Volt und mehr keine Seltenheit sind.

Es ist also unbedingt notwendig, daß jede Antennenanlage durch Blitzschutzvorrichtungen zum Blitzableiter ausgebildet wird, und so durch allmähliche Ableitung des Blitzes ist, daß eine Funkenentladung, also ein Blitz in der unmittelbaren Umgebung der Antenne nicht zustande kommen kann.

Nach der anderen Seite hin aber ist die ablehnende Haltung der Hauswirte nicht gerechtfertigt, weil die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer veranlassen wollen und kurzzerhand ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, Antennen auf ihrem Dach nicht zu dulden.

Der sich immer mehr zuspitzende Streit zwischen Hauswirt resp. Vermieter und Mieter in der Antennenfrage ist eigentlich umso unverständlich, als es doch erwiesen ist, daß eine sorgfältig und nach den neuesten Bestimmungen des Verbundes deutscher Elektroamateurvereine angelegte Antennenanlage für das absehbare Gedächtnis als Blitzschutz wirkt, wie es eine regelrechte Blitzableiteranlage auch nicht besser tun könnte. Wenn wir nun den Folgen der in der Antennenfrage nicht einfindigen Meinungen zwischen Wirt und Mieter absehen, so wäre nicht einzusehen, warum ein Hauswirt kein Blitzableiter aufbauen sollte, wenn ein Mieter ihm einen Blitzableiter aufbauen will, der dem Hauswirt nicht nur nichts kostet, sondern auch noch dessen Eigentum gegen Blitzschläge schützt. Volkswirtschaftlich der Sache kann dann nur eine Weigerung seitens des Hauswirts oder Vermieters begründet. Es kann nur als Gemeinnützlich bezeichnet werden, wenn Wirt oder Vermieter nach oben hin eine „Gebühr“ verlangen und mag sie noch so gering sein. Anders ist es mit der Haltung für etwa vorhandene Schäden die beim Bau

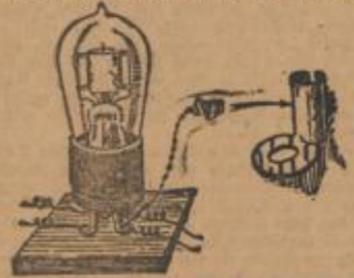
oder später durch die Antennenanlage eintreten. Hier ist es selbstverständlich, daß der Bauherr, also der Mieter, der die Antennenanlage ausführt, für etwa eintretende Beschädigungen des Daches aufkommt.

Es muß nun aber ausdrücklich betont werden, daß dieser Blitzschutz durch Antennen nur dort gegeben ist, wo solche nach den neuesten Bestimmungen des V. D. E. ausgeführt wurden, und das dürfte bis jetzt noch ein sehr geringer Prozentsatz sein. Der wichtigste Punkt dieser neuen Bestimmungen ist, daß die Antenne eine besondere, von der Apparat-Erleitung vollkommen getrennte Erleitung erhält, die außerhalb des Gebäudes zur Erde (Brunnen u. dergl.) führt. Ferner soll ein Schalter vorhanden sein, der mit Isolierter Handhabe gehalten, bei gleichzeitiger Abschaltung der Apparatur von der Antenne, diese an die besondere Erleitung zu schalten. Um zu große Aufladungen der Antenne zu vermeiden, wenn diese an die Empfangsapparatur angeschlossen ist, es es bei der Schaltung kurz für keine Leiter im Handel, die außerhalb des Gebäudes in fernstehenden u. dergl. angebracht werden können und es ist eine bringende Notwendigkeit, alle bereits bestehenden, nicht nach den Grundregeln des V. D. E. ausgeführten Antennenanlagen dahin zu ergäßen.

Wenn diese Vorschriften auch dem Rundfunkhörer und Amateur neue Kosten auferlegen, so werden sie doch dazu beitragen, den Streit um die Antenne schließlich aus der Welt zu schaffen.

Radio-Rundschau

— Ein ganz billiger Lampensockel. Schon zahlreiche Beschreibungen von Lampensockeln sind veröffentlicht worden, aber in Bezug auf Billigkeit und Einfachheit der Konstruktion dürfte der hier abge-



bildet einzigartig sein. Man braucht zur Herstellung weiter nichts als vier Schrauben, vier kleine Schrauben und ein etwas 1/2 Zoll langes und zwei bis drei Quadratzoll großes Holz Brett.

— Ein Hochfrequenzosillator mit hoher Kapazität. Man beschafft sich etwas Ebsalgummi, wie z. B. Stoppel, Schlauch, Gummiband usw. und löst sie in Benzol auf. Die Lösung muß die Konsistenz eines dünnen Breies haben. Nun nimmt man ein Stück Tuch, das im Umfang etwas mehr als um ein Drittel die Länge des Kondensators haben muß, und streicht in der Mitte eine dünne Lage Gummi auf. Diese wird in wenigen Minuten trocken. Dann legt man ein Stück Staniol auf diese Lage. Das Staniolstück muß so groß sein, daß von der Gummilage ein Rand von 1/2 Zoll Breite frei bleibt und an einer Stelle ein kleiner 1 Zoll langer Staniolstreifen herausragt. Nun streicht man eine weitere Lage Gummi auf das Staniol, läßt trocknen und legt immer abwechselnd den Brei auf. Wenn eine Schichtdicke von ca. 1/8 Zoll erreicht ist, preßt man den Kondensator zusammen, was man bequem mit einem kleinen Schraubstock oder mit der Kniepresse machen kann. Dann legt man das Auflegen der Schichten fort. Man braucht eine genügend hohe Schicht gemacht zu haben (die Höhe liegt im Belieben des Herstellers), so fällt man die freigebliebenen Enden des Tuches nach oben zusammen und umschließt das Ganze fest mit zwei Gummibändern. Dann werden die herausragenden Staniolstreifen sorgfältig jedes an einen dünnen Draht gelötet, und diese Drähte unter die umschließenden Gummibänder geschoben, um jedes Ziehen am Staniol zu verhindern. Es nach der Dicke der zubereiteten Lösung und derjenigen der Staniollage wechselt der Kondensator auch höheren Voltmengen.

— Das Heulen und Brummen im Rundfunksender. Bis zu dem Probetrieb sind auch bei dem neuen deutschen Rundfunkgerät die zunächst führenden Ueberspannungen des Empfangs bemerkbar gewesen, die zu allen möglichen Kommodoren seitens der Empfänger geführt haben. Damit in diesem Bereich der Meinungen über die Ueberspannung des Senders der spärlich nicht fehle, wird uns berichtet, daß es jetzt gelungen sei, die Ursache der während der Ueberspannung beim Empfang zu entdecken. Da diese Ueberspannung in Form von Heulen und Brummen besonders nach Beendigung von Konzerten verdrängt, großer Kommodoren auftreten, sei man zu der Auffassung gekommen, die Ueberspannung wurde dadurch verursacht, daß die Kommodoren bei der Vergrößerung ihrer Musik sich vornehmlich im Grade herumbeugen. Zugleich ist es ja nun gelungen, der Vergrößerung Herr zu werden und den ersten gegangenen Kommodoren ihre Ruhe im Großen wieder zu geben.

— Französischer Rundfunk auf Wellen 480. Der Infanterie und der Sender der Post- und Telegraphenschule verweihen jetzt das deutsche Rundfunkprogramm gleichzeitig und zwar der erstere auf Wellen 2800 Meter, der letztere auf Wellen 480 Meter.

— Radiotechnik im Dienste der Gewitterforschung. Ein Gemitter ist der Radiotechnik im allgemeinen nur eine unliebsame Störung des sonst so wohlgeordneten und friedlichen Lebens, die sich durch knurrende, raschende und drohende Geräusche bemerkbar macht und häufig den Empfang der elektrischen Wellen gänzlich verhindert. Betrachtet man aber die durch Gemitter verursachten atmosphärischen Störungen als Zeichen einer großen, von der Natur erzeugten Radiofunktion, so sieht man ohne weiteres die Möglichkeit ein, mit einer Rohmen-Antenne die Richtung zu bestimmen, in der sich das Gemitter befindet. Die von einem Gemitter ausgesandten Zeichen sind natürlich nicht, wie z. B. die einer Flugzeugstation, durch eine bestimmte Wellenlänge gekennzeichnet. Zur Ortbestimmung eines Gemitters genügen daher, wie „Radio für Alle“ berichtet, nicht die Messungen von zwei Stationen, die möglicherweise zwei ganz verschiedene Gemitter betreffen könnten, sondern es sind mindestens drei, noch besser aber vier Stationen erforderlich, wenn Kreisläufe ausgeschlossen werden sollen. In England sind zahlreiche Radiostationen beauftragt, in regelmäßigen Zwischenräumen die Richtungen atmosphärischer Störungen festzustellen; die Ergebnisse werden auf eine Sammelstelle in Alderhot telegraphiert, die dann auf einer großen Landkarte die jeweiligen Gemitterorte genau bestimmt. Die erste derartige Ortsbestimmung in England ergab eine Entfernung des Gemitters von etwa 300 Kilometer, bei späteren Messungen wurde u. a. ein Gemitter in Benebig, also in einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometer, richtig festgestellt. Besonders interessant ist es, auf diese Weise die Bahn eines Gemitters zu verfolgen. Die Station Alderhot stellt z. B. eines Morgens ein Gemitter fest, das westlich von Bordeaux in den Golf von Biscaya einbrach. Von hier aus demag es sich in nordöstlicher Richtung auf Nordost zu, bis zum Nachmittag, drehte sich dann ostwärts auf Lyon, wo es am Abend desselben Tages festgestellt wurde, und war noch in der folgenden Nacht in Südfrankreich in Bewegung. Welche Bedeutung die Wetterbeobachtung durch Radiofunktionen hat, und welche hat, braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden. Es ist aber durchaus möglich, daß bei systematischem Ausbau der Gemitterbeobachtungen noch viele wertvolle Einzelheiten über ihre Entstehung und ihre Veränderungen gefunden werden können. Dies wird dann auch die Radiotechnik wieder Vorteile sichern. Beim Ausbau von Stationen z. B. könnte man auf bevorzugte Gemitterstationen Rücksicht nehmen, um so schon durch die Lage der Stationen zueinander einen möglichst störungsfreien Betrieb zu erhalten.

